



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stockhammern, Franz von: Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling
(1915-1917). VIII.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fischer Imperialisten in territorialer Beziehung wird, um so ungünstiger gestalten sich die nationalen Verhältnisse.

Ich weiß nicht, ob diese Zahlen und ihre Bedeutung den Staatsmännern der Entente wirklich voll zum Bewußtsein gekommen sind. Jedenfalls muß ein solcher Staat, auf dessen Gebiet jeder der Nachbarn — Deutschland, Litauen, Rußland, Ukraine — nach dem Kjellenschen Ausdruck eine „Hypothek“ zu haben glaubt, den größten außen- und innerpolitischen Schwierigkeiten entgegengehen.



Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling

(1915—1917)

Von Franz von Stockhammern, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium

VIII.

Bern, den 2. Januar 1917

Ich habe Gelegenheit gehabt, mich über den Eindruck zu informieren, den man in neutralen diplomatischen Kreisen von der Note der Entente hat. Es scheint, daß das neutrale Ausland sich über die Vergeblichkeit des deutschen Schrittes keine besonderen Illusionen gemacht hatte, daß man aber über die Schroffheit des Tones der Note immerhin erstaunt ist. Man sieht mit begreiflicher Spannung der Antwort entgegen, die Wilson aus Paris erhalten werde. Es fehlt selbstverständlich an jedem Anhaltspunkt dafür, wie sie gehalten sein wird, doch wiegt die Befürchtung vor, daß sie, wenn auch in höflicher Form, eine Ablehnung darstellen wird.

Ich bin in diesem Zusammenhang der Auffassung begegnet, daß Deutschland mit Herrn v. Bethmann-Hollweg schwer zum Frieden gelangen wird, da seine Stellung durch die Ereignisse der Tage vom 23. Juli bis etwa 5. August 1914 eine zu schwierige und belastete sei. Die brüske Art, mit der die Note der Entente seine Äußerungen zur Verletzung der belgischen Neutralität und zur Bedeutung internationaler Verträge (chiffon de papier, Unterredung mit Goschen) festnagte, lasse es als unwahrscheinlich erscheinen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg bei einer neuen Aktion mehr Glück haben werde. Die Staatsmänner Englands, Rußlands, Italiens, Frankreichs und Osterreich-Ungarns, die in den Tagen des Ausbruchs des Krieges im Amt gestanden, seien sämtlich inzwischen durch neue ersetzt worden, und die Beharrlichkeit, mit der der deutsche Kanzler, aller in seiner Person liegenden Hindernisse ungeachtet, der Welt den Frieden geben zu können glaube, sei bemerkenswert.

Bern, den 3. Januar 1917

(Telegramm.) Ich erfahre verlässlich: Nach dem ursprünglichen Entwurf Briands sollten in die Note der Entente außer Belgien auch das serbische, montenegrinische, polnische und rumänische Problem einbezogen werden. Da jedoch Rußland außerdem die Erwähnung von Konstantinopel, und Italien jene der

„unerlösten Gebiete“ beansprucht habe, wodurch die Note einen ihre Wirkung gefährdenden Umfang erhalten hätte, ist man nach längerem Meinungsaustrausch dazu gekommen, lediglich Belgien, und zwar mit besonderer Betonung, zu benennen. Hierfür ist in erster Linie der Wunsch Londons maßgebend gewesen, das erklärt hat, auf feierlicher Erwähnung Belgiens bestehen zu müssen, nachdem England ausschließlich wegen der Verletzung der belgischen Neutralität in den Konflikt eingetreten sei. Hierzu trat weiter die Erwägung, daß man Deutschland mit der Heraushebung Belgiens am ehesten die Türe für weitere Wiederanknüpfungen verschließen werde, da die erst jüngst in Äußerungen deutscher Parlamentarier über das belgische Problem zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten es der deutschen Regierung unmöglich machen würden, hinsichtlich Belgiens eine öffentliche klare Antwort zu geben. Endlich war man überzeugt, daß eine Vorzugsbehandlung Belgiens durch die Note auf die Neutralen eine günstige Wirkung äußern werde. Wie mein Gewährsmann weiter bemerkt, seien auch hinsichtlich des Tones der Note erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Rußland habe eine scharfe Polemik gegen den deutschen Kanzler verlangt, gegen den man in Petersburg besonders gereizt sei, Italien seinerseits eine energische Betonung des unerschütterlichen Durchhaltens bis zur Verwirklichung aller gemeinsamen Kriegsziele gewünscht. Schließlich sei jedoch die von mehr nüchternen Gesichtspunkten diktierte Redaktion Briands durchgedrungen.

Bern, den 8. Januar 1917.

Daß Rußland rücksichtlich der Redaktion der Ententeantwort für eine schärfere Tonart war, ist mir inzwischen auch von anderer, neutraler Seite bestätigt worden. Die Proklamation des Königreichs Polen hat in Rußland sehr böses Blut gemacht und besonders den Zaren erbittert. Wenn man jetzt rückschauend die Ereignisse würdigt, so kann man die Frage begreifen, die derzeit in Kreisen der neutralen Diplomaten erörtert wird und die dahin geht, wie man in Wien und Berlin habe daran denken können, daß Rußland, nachdem es von den Zentralmächten am 5. November durch die Emanzipation Polens einen Rippenstoß derbster Sorte erhalten hatte, im Rate der Entente sich anders als in scharfer Opposition zu etwaigen Tendenzen der Nachgiebigkeit stellen werde.

Die Lage stellt sich an Hand der Kundgebungen der Staatsmänner und der Presse der Entente im Zusammenhalt mit den Äußerungen neutraler Diplomaten in Kürze dahin dar, daß in Frankreich ein geradezu diabolischer Haß, in England unerschütterliche geschäftliche Ruhe und Berechnung und in Rußland persönliche Erbitterung der maßgebenden Kreise die Entente zu neuer Stoßkraft zusammengeschweißt haben und daß dieser Prozeß durch die Friedensaktion vom 12. Dezember 1916 in unerwarteter Weise gefördert worden ist.

Was allerdings Rußland anlangt, so bildet die Anlage eine erwünschte Bestätigung anderweitiger, aus dem Auslande nach der Schweiz gelangender Meldungen, nach denen die inneren Verhältnisse Rußlands sich tatsächlich sehr zuspitzen, sodaß immerhin einige Aussicht besteht, daß die Wirkung der Kampfer spritze, die die Zentralmächte mit ihrer unglückseligen polnischen Proklamation vom 5. November Rußland gegeben haben, nicht allzu lange dauern wird.

Bern, den 13. Januar 1917.

Der österreichisch-ungarische Botschafter Fürst Sch. steht sichtlich unter dem Eindruck, daß die heute morgen veröffentlichte Antwortnote der Entente an Wilson die Brücken für weitere Verhandlungen zwischen den beiden kriegführenden Mächtegruppen abgebrochen hat. Er hatte bereits gestern sich über die Grundlinien der Note informieren können und beklagte die Publizität, die die ganze Friedensaktion nunmehr erhalten habe und die einer den üblichen Traditionen entsprechenden diplomatischen Anknüpfung den Weg nicht gerade erleichtert habe. Ich hörte weiter aus seinen Äußerungen eine gewisse Besorgnis über die scharfe Tonart heraus, die die rechtsstehenden politischen Kreise in Deutschland neuerdings anschlagen und die mehr oder minder auf Zunahme des Annexionismus in Deutschland schließen ließe. Es ist dies eine Strömung, für die die maßgebenden Kreise Wiens nicht sehr viel übrig haben, was mir auch wiederholte Äußerungen von anderer österreichischer Seite bestätigt haben.

Auch hinsichtlich der polnischen Frage sprach sich der Botschafter sehr sorgenvoll aus. Er hat sich seinerzeit in einem von ihm einverlangten Memorandum gegen die Proklamation vom 5. November ausgesprochen und beruft sich nunmehr darauf, daß die von den Militärs erhoffte Wirkung, nämlich die Gewinnung eines starken freiwilligen Heeres, nicht erreicht worden sei. Auf der anderen Seite habe die Proklamation Rußland vollständig verprellt und Rußland sei nunmehr innerhalb der Entente das tonangebende Element geworden, wenn es sich darum handle, die Verbündeten bei der Stange zu halten.

Die gleiche Anschauung hat Graf L., dem ich heute einen längeren Besuch abstattete. Er hat sich heute ausführlich über diesen Punkt ausgesprochen und das Ergebnis aller ihm gewordenen Eindrücke und Informationen dahin zusammengefaßt, daß der Zar sich persönlich durch die polnische Sache engagiert fühle und in einer geradezu rabiaten Stimmung gegen Deutschland und Osterreich sei.

Zürich, den 19. Januar 1917

Wie ein roter Faden zieht sich durch die mir zugekommenen Informationen über die Konferenz von Rom der Eindruck der Brutalität, den das Auftreten von Herrn Lloyd George auf alle Teilnehmer an den Verhandlungen gemacht hat. Lloyd George scheute sich nicht, selbst Herrn Briand über den Mund zu fahren, hat sich aber diesen eitlen Mann dadurch gänzlich attachiert, daß er ihm die Redaktion der letzten großen Note der Entente an Wilson und ihre feierliche Übermittlung an den amerikanischen Botschafter übertrug und dadurch sein staatsmännisches Prestige in den Augen Frankreichs hob. Die Vorzugsstellung, die Lloyd George Herrn Briand einräumte, schmeichelt, wie mein Gewährsmann betonte, dem französischen Nationalgefühl in außerordentlicher Weise, und es sei ein Beweis der überlegenen staatsmännischen Klugheit des leitenden englischen Staatsmannes, daß er, um Herrn Briand hinter den Kulissen um so sicherer an die Leine zu bekommen, ihn in der Öffentlichkeit als den primus inter pares agieren ließe. Sonnino hat sich nach dem übereinstimmenden Urteil aller im Richte einer unbestreitbaren staatsmännischen Überlegenheit gezeigt, da er mit ebenso ernsten wie nüchternen Worten für die Aufstellung des Minimums

eingetreten sei. Seine Stimme, und damit die der Vernunft, sei angesichts der Gewalttätigkeit von Lloyd George nicht gehört worden. Lloyd George habe erklärt, man müsse der deutschen Regierung gegenüber, die auf Frieden brenne, durch die Antwort an Wilson nicht nur die Tür schließen, sondern auch das Schlüsselloch verstopfen, da man von Berlin aus unfehlbar bei der kleinsten Stelle einhaken würde, die als Möglichkeit einer Friedensanknüpfung gedeutet werden könne.

Luzern, den 24. Januar 1917.

Wie Guer Erzellenz meinem Telegramm vom 22. d. M. bereits entnommen haben, ist man in Kreisen der Entente felsenfest davon überzeugt, daß wir wirtschaftlich nicht durchhalten können und daß die Ernährung der Bevölkerung bei den Zentralmächten ab März, spätestens April unübersteiglichen Schwierigkeiten begegnen werde. In Paris liegen als sicher erachtete Nachrichten vor, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands im Frühjahr unübersteiglichen Schwierigkeiten begegnen werde, die durch zunehmendes Insistieren Osterreichs um Getreide und andere Nahrungsmittel erheblich vermehrt würden. Osterreichs Versorgung werde besonders durch schroffen Egoismus Ungarns erschwert. Es sind, wie mein mehrfach erwähnter neutraler Kollege mir eingehend auseinandersetzte, Convois in Aussicht genommen, mächtige Flotten von Transportschiffen, die von der amerikanischen und englischen Flotte eskortiert würden. Ob und inwieweit unsere Unterseeboote imstande sind, den Kampf mit einer ganzen Flotte aufzunehmen, die durch alle Mittel der Technik geschützt werden, ihren gesamten Beobachtungs- und Abwehrdienst konzentrieren und rücksichtslos ihr Ziel zu erreichen trachten wird, kann vom Nichtfachmann nicht beurteilt werden. Wenn unsere Informationen richtig sind, so würden das erste Angriffsobjekt unserer Unterseeboote die großen Getreidetransporte sein, die sich derzeit auf dem Weg nach Gibraltar befinden und für Italien bestimmt sind, dessen Getreidevorräte etwa Mitte Februar erschöpft sein werden. Sicher ist, daß der Unterseebootkrieg die Versorgung der Ententeländer außerordentlich erschweren und die Kriegsmüdigkeit der in Betracht kommenden Bevölkerung erheblich steigern wird. Von ausschlaggebender Bedeutung wird sein, wie die neutralen Staaten sich im Falle einer Kriegserklärung an uns verhalten.

Ganz besonders müssen wir alles vermeiden, was die an sich gute, aber immerhin schon öfters gegen uns aufgeregte Stimmung der Schweiz unnützlich beschwören kann. Das Einfuhrverbot, das Deutschland dieser Tage mit unnötiger Brutalität erlassen hat, ohne den Bundesrat auch nur in Kenntnis zu setzen, ist nicht in der Linie einer solchen Politik. Wie der Abgeordnete Müller mir erzählte, hat der Herr Reichskanzler ihm leghin persönlich zugesichert, daß gegenüber der Schweiz in Zukunft alle nur erdenklichen Rücksichten geübt werden sollten. Wie sich der neueste Schritt Deutschlands mit dieser Zusicherung vereinbaren läßt, ist schwer einzusehen. Die Einheitlichkeit der Geschäftsführung in Berlin scheint keine allzu große, wenn eine derartige, den Intentionen des verantwortlichen Leiters unserer Politik direkt widerstrebende Aktion gemacht werden kann. Wir werden viele Mühe haben, die Sache wieder einzulenken, nachdem sogar der heutige „Bund“ von „Schroffheit“ des Vorgehens spricht. Wir haben nicht mehr

viele Freundschaften zu verlieren, und es ist unbegreiflich, wie man in diesen Tagen eines vielleicht herannahenden großen Sturmes die Schweiz, die sich immer außerordentlich anständig gegen uns benommen hat, verpressen kann. Diese Methoden erzeugen gegen uns einen Haß im Auslande, von dem man sich zu Hause keinen Begriff macht, den aber der deutsche Kaufmann und Ingenieur wird büßen müssen, wenn er nach dem Krieg wieder seine Geschäftsbeziehungen anknüpfen will und muß.

Zürich, den 2. Februar 1917.

Rücksichtlich des Unterseebootkrieges sind die Würfel nunmehr gefallen. Ich habe im Bericht vom 19. November 1916 darauf hingewiesen, daß diese deutsche Maßnahme zunächst lediglich die Wirkung haben wird, den Kampfgeist in England zu höchster Entschlossenheit aufzupeitschen. Die kommenden Monate werden lehren, ob diese Aufrittung der nationalen Instinkte des englischen Volkes den Krieg in das Jahr 1918 hinaus verlängern wird, wie Kenner Englands und der englischen Psyche annehmen, oder ob die Wirkungen unserer Unterseebootaktion tatsächlich derartige sein werden, daß sie den Krieg verkürzen, wie man in Deutschland glaubt.

Luzern, den 10. Februar 1917

Aus Wien habe ich von vier voneinander völlig unabhängigen, im allgemeinen aber ausgezeichnet unterrichteten Quellen gehört und durch die Mitteilungen des Monf. G. bestätigt erhalten, daß das junge Kaiserpaar auf Frieden brennt und daß dies der Entente nicht ganz unbekannt geblieben ist. Wenn ich mir erlaubte, im Zusammenhang mit dieser rein politischen Frage die hohe Frau zu erwähnen, so geschah dies, weil nach den übereinstimmenden Äußerungen aller, die dem jungen Kaiser und seiner Gemahlin näherstehen, die Kaiserin gerade in solchen Fragen einen starken Einfluß zu haben und außerdem bestrebt scheint, ihn zu vermehren. Selbstverständlich soll mit dieser Meldung kein Zweifel an der Loyalität der österreichisch-ungarischen Politik ausgesprochen werden, aber es scheint mir immerhin veranlaßt, daß die deutsche Botschaft in Wien sehr hellhörig bleibt und mit den geistlichen Elementen, die zur Einflußsphäre der Kaiserin gehören, gute Verbindungen unterhält. Dies scheint nun leider nicht der Fall zu sein, vielmehr hat der neue Botschafter, Graf Wedel, bereits überall den Eindruck zu erwecken verstanden, daß er sich nicht nur als Vertreter des deutschen Kaisers, sondern auch sehr als Protestant fühlt, eine Einführung, die in Wien nicht gerade eine sehr glückliche genannt werden kann. Daß die ganze Botschaft in Wien mit protestantischen Herren besetzt ist, ist ferner auch gerade kein Zeichen von Umsicht. Was bei englischen Diplomaten, die ihr protestantisches Kirchentum nicht als Exportartikel betrachten, gänzlich gleichgültig ist, fällt bei einer großen Zahl unserer Reichsdiplomaten sehr ins Gewicht. Es ist dies ein Punkt, über den der in diesen Fragen an sich gänzlich desinteressierte Abgeordnete M. einmal eine ausführliche Vorstellung nach Berlin hat gelangen lassen. Ich glaube aber nicht, daß er damit einen großen Effekt erzielt hat. Sicher ist aber, daß man noch nicht konfessionell engherzig zu sein braucht, wenn man findet, daß für Wien, das Zentrum eines katholischen Staates, in dem die

Geistlichkeit einen gewissen Einfluß hat, eine ausgerechnet mit lauter Protestanten besetzte Botschaft nicht gerade den wünschenswerten Zustand darstellt.

Lugano, den 17. Februar 1917.

Ich darf vertraulich melden, daß ich neulich Gelegenheit hatte, mich über die in engstem Kreise ausgesprochene Hausmeinung eines angesehenen österreichisch-ungarischen Diplomaten zur Lage der Donaumonarchie zu informieren. Die Anschauung dieses Herrn stellt die formelle Bekräftigung der uns auch schon von anderer Seite zugegangenen Nachricht dar, daß das junge Kaiserpaar den Frieden geradezu ersehnt und daß bis in diese allerhöchsten Sphären hinauf der Gedanke mehr und mehr Platz greift: „Wir, Österreich-Ungarn, sind bereit, Opfer zu bringen, um den Frieden zu ermöglichen: es müssen aber auch die anderen, die Deutschen, Opfer bringen“, wobei unverbohlenen Elsaß-Lothringen genannt wird.

Diese Stimmungsberichte mehrten sich in zu auffälliger Weise, als daß man achtlos an ihnen vorübergehen dürfte.

Die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu Amerika wird in politischen und diplomatischen Kreisen von Bern, von wo ich komme, ziemlich pessimistisch beurteilt, wobei nicht verhehlt wird, daß unser verunglückter Versuch, hintenherum wieder anzubandeln, nicht gerade den Anschein von Stärke erweckt hat. Was helfen Deutschland alle Opfer, was alle Leistungen unserer Armee, was alle Wundertaten unserer Marine, wenn unser politisches Prestige derart verkrümelt wird. Daß der Gesandte der Eidgenossenschaft in Washington auf eigene Faust den Deus ex machina habe spielen und die Vermittlung zwischen vor dem Kriege stehenden Großmächten habe in die Hand nehmen wollen, das glaubt im Auslande, auf dessen Urteil in Prestigefragen es schließlich doch auch ankommt, niemand und auch in Deutschland nur der durch weitere Nachrichten nicht beschwerte Spießbürger.

Zürich, den 23. Februar 1917

Die Guer Erzellenz in meinem gehorsamsten Bericht vom 15. Januar 1917 unterbreitete Meldung, daß in politischen Kreisen Berns das voraussichtliche Ergebnis der englischen Anleihe auf 50 Milliarden Franken geschätzt wird, hat durch das inzwischen bekanntgegebene Resultat der Anleihe ihre volle Bestätigung gefunden. Diese an sich gewaltige Leistung hat jedoch in Paris immerhin eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Die bisherigen Äußerungen der Presse lassen erkennen, daß man in den Kreisen der Hochfinanz mehr Neugeld und weniger Konversionstitel erwartet hatte. Immerhin bleibt bestehen, daß das englische Volk binnen vier Wochen 50 Milliarden Franken aus den Taschen gezogen hat, eine Tatsache, die der Prophetengabe deutscher Finanzautoritäten, die im Jahre 1915 unwidersprochen für den Sommer 1916 den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Englands proklamierten, ein nicht gerade glänzendes Zeugnis ausstellt.

Luzern, den 20. März 1917

Aber die politische Gesamtlage ist in diesen Tagen sich überstürzender Ereignisse nichts zu melden, was nicht aus den Mitteilungen der Presse ersichtlich

wäre. Von Wichtigkeit ist lediglich, daß sich neuerlich jene Stimmen mehren, die über eine zunehmende Kriegsmüdigkeit in Osterreich-Ungarn zu berichten wissen. Ich habe dieser Tage jemand gesehen, der kürzlich im Auftrag der deutschen Heeresleitung in Innsbruck beim dortigen Oberkommando gewesen ist und bei dieser Gelegenheit nicht nur Offiziere, sondern auch Parlamentarier gesehen hat. Nach den Mitteilungen meines Gewährsmannes ist die Unlust am Kriege in Osterreich-Ungarn eine allgemeine, die Bereitwilligkeit, auch unter Preisgabe von Territorium zu Ende zu kommen, eine zunehmende. Was ich Curer Erzellenz in dieser Hinsicht jüngst von der Stimmung in der Hofburg berichten durfte, findet durch die Mitteilungen meines Vertrauensmannes auch hinsichtlich politischer und parlamentarischer Kreise seine Bestätigung, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß die parlamentarischen Kreise sich auf vorläufig noch unbestimmbare Zeit auf ausschließlich private und individuelle Meinungsäußerungen beschränkt sehen, ein Zustand, mit dem Osterreich in der ganzen Welt allein steht. Die Dreistigkeit, die das ungarische Parlament von Zeit zu Zeit bekundet, vermag über diese jammervollen Verhältnisse nicht hinwegzutäuschen.



Deutsche Ernährungswirtschaft

Auf unsere Bitte hin werden uns von einer leitenden wirtschaftlichen Organisationsstelle die nachfolgenden, sehr beachtenswerten Ausführungen zur Verfügung gestellt.



Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, berichtete gelegentlich der Spaadebatte im Reichswirtschaftsrat, daß augenblicklich in seinem Ministerium ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des nächsten Jahres mit dem besonderen Ziel eines klaren, konkreten Einfuhrprogramms ausgearbeitet werde. Es wird sich also die öffentliche Diskussion noch recht ausgiebig mit dem Ernährungsproblem zu beschäftigen haben. Am 5. Juli hatte bereits der Reichstag in der Debatte über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise den einzelnen Parteien Gelegenheit geboten, das Ernährungsproblem von den verschiedenartigen politischen Gesichtspunkten aus zu beleuchten. Ein gewisses Streben nach sachlicher Behandlung war nicht zu verkennen. Diese wichtigste Wirtschaftsfrage muß aus der Verflechtung in Parteiprogramme und partikularistische Agitation herausgelöst werden. Es soll hier nicht der Versuch gemacht werden, noch ein weiteres neues Agrarprogramm aufzustellen, sondern im Sinne der Ausführungen des Staatsministers von Schorlemer, Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats, die er am 24. Juli d. J. im Reichswirtschaftsrat gegeben hat, die sachlichen Grundlagen des Ernährungsproblems darzustellen. Bei der Fülle des Stoffs kann es sich naturgemäß nur um die Herausarbeitung der wichtigsten Zusammenhänge handeln.